

Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig

- nichtamtliche konsolidierte Fassung (Stand: 22.06.2022) -

Vom 3. Dezember 2014, geändert durch Art. 1 der Ersten Änderungssatzung vom 2. März 2017 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 2/2017, S. 43 - 56), durch Artikel 1 der Zweiten Änderungssatzung vom 16. November 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 49/2020, S. 5 - 11) und durch Art. 1 der dritten Änderungssatzung vom 15. Dezember 2021.

Entsprechend den Vorgaben des Deutschen Richtergesetzes vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 22. November 2019 (BGBl. I S. 1755), und auf der Grundlage des Gesetzes über die Freiheit an Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz – SächsHSFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), Artikel 2 Absatz 27 des Gesetzes zur Neuordnung des Verwaltungskostenrechts im Freistaat Sachsen vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245, 255), sowie des Gesetzes über die Juristenausbildung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Juristenausbildungsgesetz – SächsJAG) vom 27. Juni 1991 (SächsGVBl. S. 224), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung von Gesetzen mit Bezug zur Justiz vom 15. November 2017 (SächsGVBl. S. 598, 600), vom 15. November 2017 (SächsGVBl. S. 598, 600 und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen des Freistaates Sachsen (SächsJAPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 2006 (SächsGVBl. S. 105), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Siebten Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen des Freistaates Sachsen vom 07. November 2018 (SächsGVBl. S. 687) und der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig (PrüfO) vom 3. Dezember 2014 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 60, S. 1 - 36), die durch Art. 1 der Ersten Änderungssatzung vom 2. März 2017 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 2/2017, S. 38 - 42) und durch Artikel 1 der Zweiten Änderungssatzung vom 16. November 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr.

49/2020, S. 1 - 4) geändert wurde, hat die Universität Leipzig folgende Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 3. Dezember 2014 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 61, S. 1 - 43), die durch Art. 1 der Ersten Änderungssatzung vom 2. März 2017 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 2/2017, S. 43 - 56) und durch Artikel 1 der Zweiten Änderungssatzung vom 16. November 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 49/2020, S. 5 - 11) geändert wurde, erlassen.

Inhalt:

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Zugangsvoraussetzungen
- § 3 Studienbeginn
- § 4 Ziel des Studiums
- § 5 Studienabschluss
- § 6 Gegenstand und Ablauf des Studiums
- § 7 Formen der Lehrveranstaltungen
- § 8 Zugangsbeschränkungen für Seminare und Proseminare
- § 9 Übungs- und Seminarleistungen
- § 10 Bewertung von Studienleistungen mit Leistungsnachweisen
- § 11 Bescheinigung von Studienleistungen mit Leistungsnachweisen
- § 12 Studienberatung
- § 13 *Gegenstandslos*

II. Besondere Bestimmungen für das Pflichtfachstudium

- § 14 Inhalte des Pflichtfachstudiums
- § 15 Studienleistungen mit Leistungsnachweisen im Pflichtfachstudium
- § 16 Grundlagenschein
- § 17 Durchführung der Abschlussklausuren und der Hausarbeit für Anfangende
- § 18 Voraussetzungen einer erfolgreichen Teilnahme an Abschlussklausuren und an Hausarbeiten für Anfangende
- § 19 Gegenvorstellung für Teilnehmende an Abschlussklausuren und an Hausarbeiten für Anfangende
- § 20 Durchführung der Übungen für Fortgeschrittene
- § 21 Voraussetzungen einer erfolgreichen Teilnahme an der Übung für Fortgeschrittene
- § 22 Gegenvorstellung für Teilnehmende an einer Übung für Fortgeschrittene
- § 23 Praktische Studienzeit

III. Besondere Bestimmungen für das Schwerpunktbereichsstudium

§ 24 Schwerpunktbereiche

§ 25 Aufgaben der/des Schwerpunktbereichs koordinierenden

§ 26 Inhalt, Umfang und Aufbau des Studiums im Schwerpunktbereich

IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 27 Elektronisches Campus-Management-System

§ 28 Übergangsregelungen

§ 29 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Anlagen

1 Studienangebot der Schwerpunktbereiche

2 Studienablaufplan

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

Diese Studienordnung regelt auf der Grundlage der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig (PrüfO) vom 3. Dezember 2014 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 60, S. 1 - 36) in der jeweils gültigen Fassung Inhalt und Aufbau des Studiums der Rechtswissenschaft an der Juristenfakultät der Universität Leipzig einschließlich der in das Studium integrierten praktischen Studienzeiten.

§ 2

Zugangsvoraussetzungen

¹Zugangsvoraussetzung für das Studium im Studiengang Rechtswissenschaft ist die allgemeine Hochschulreife oder ein gemäß § 17 SächsHSFG als gleichwertig anerkannter Abschluss. ²Die Zugangsberechtigung kann auch durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Zugangsprüfung gemäß der Ordnung für die Zugangsprüfung zum Erwerb der fachgebundenen Hochschulzugangsberechtigung an der Universität Leipzig vom 12. Oktober 1995 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 43/1995 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 27. November 2000, Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 31/2000) erworben werden.

§ 3

Studienbeginn

¹Das Studium wird in der Regel im Wintersemester aufgenommen. ²Im Zusammenhang mit der Einstufung in ein höheres als das erste Fachsemester kann das Studium in begründeten Ausnahmefällen auch zum Sommersemester aufgenommen werden. ³Über das Vorliegen eines Ausnahmefalles entscheidet der/die Studiendekan/in.

§ 4

Ziel des Studiums

¹Das Universitätsstudium der Rechtswissenschaft bereitet die Studierenden auf die Erste Juristische Prüfung (§ 1 Satz 2 SächsJAPO) vor.

²Dazu sollen die Studierenden die zum rechtswissenschaftlichen Arbeiten, zu kritischem Denken und zu verantwortlichem juristischen Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, die zugleich fachliche Voraussetzung für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst sind.

³Dementsprechend soll das Studium die Studierenden befähigen, das Recht mit Verständnis zu erfassen und anzuwenden, und ihnen die hierzu erforderlichen Kenntnisse in den Prüfungsfächern, jeweils mit ihren rechtsphilosophischen, geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen sowie mit ihren interdisziplinären und internationalen, insbesondere europarechtlichen, Bezügen vermitteln (§ 5a Absatz 2 Satz 3 und 4 DRiG; § 2 Satz 3 SächsJAG, § 14 Absatz 1 SächsJAPO). ⁴Neben der Fähigkeit zum methodischen Arbeiten werden auch Schlüsselqualifikationen wie Verhandlungsmanagement, Gesprächsführung, Rhetorik, Streitschlichtung, Mediation, Vernehmungslehre und Kommunikationsfähigkeit vermittelt (§ 5a Absatz 3 DRiG, § 14 Absatz 1 SächsJAPO).

§ 5

Studienabschluss

¹Der Studiengang Rechtswissenschaft wird mit der Ersten Juristischen Prüfung gemäß § 1 Satz 2 SächsJAPO abgeschlossen. ²Diese besteht aus einer staatlichen Pflichtfachprüfung, deren Inhalt, Ablauf und Form sich insbesondere aus den Bestimmungen der §§ 6 bis 31, 57 und 58 SächsJAPO ergibt, und einer universitären Schwerpunktbereichsprüfung gemäß der PrüfO.

§ 6

Gegenstand und Ablauf des Studiums

- (1) Das Studium setzt sich aus einem Pflichtfach- und einem Schwerpunktbereichsstudium zusammen.

- (2) Gegenstand des Studiums sind die Materien der Pflichtfächer gemäß § 14 Absatz 1 und 3 SächsJAPO, fremdsprachige rechtswissenschaftliche Lehrveranstaltungen oder rechtswissenschaftlich ausgerichtete Sprachkurse (§ 18 Absatz 2 SächsJAPO), Veranstaltungen zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen (§ 18 Absatz 3 SächsJAPO) sowie die Fächer des gewählten Schwerpunktbereichs. Die Inhalte der Lehrangebote berücksichtigen die rechtssprechende, verwaltende und rechtsberatende Praxis.
- (3) Der von der Fakultät empfohlene Ablauf des Studiums, der einen erfolgreichen Abschluss des Studiums innerhalb der Regelstudienzeit (§ 2 Absatz 2 PrüfO) ermöglicht, ergibt sich aus dem Studienablaufplan, der dieser Ordnung als Anlage 2 beigelegt ist.

§ 7

Formen der Lehrveranstaltungen

Formen der Lehrveranstaltungen sind Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften, Tutorien, Methodiken der Fallbearbeitung, Übungen für Fortgeschrittene, Kolloquien, Seminare, Proseminare, Repetitorien, Klausurenkurse sowie fachspezifische Sprachkurse.

1. **Vorlesungen.** ¹In Vorlesungen wird ein bestimmtes Rechts- oder Sachgebiet systematisch dargestellt. ²In allgemeinen und Einführungsvorlesungen wird den Studierenden Grundlagenwissen im Bereich der Rechtsmaterien des Pflichtfachstudiums sowie der Fächer der Schwerpunktbereiche vermittelt. ³Darauf bauen Vertiefungsvorlesungen und Repetitorien auf. ⁴In weiteren Vorlesungen können die Studierenden Kenntnisse auch auf anderen Rechtsgebieten erwerben.
2. **Arbeitsgemeinschaften.** In Arbeitsgemeinschaften werden für Studierende in den Anfangssemestern vorlesungsbegleitend, in Absprache mit der/dem die Vorlesung veranstaltenden Hochschullehrerin/Hochschullehrer, ausgewählte Rechtsfragen und methodische Probleme in kleineren Gruppen erörtert.

3. **Tutorien.** ¹Tutorien dienen der Einübung in die Technik der Fallbearbeitung einschließlich des juristischen Argumentierens. ²Anhand ausgewählter Fälle und Entscheidungen werden, mit Bezug auf den Stoff einer Vorlesung und in Absprache mit der/dem die Vorlesung veranstaltenden Hochschullehrerin/Hochschullehrer, in kleineren Gruppen Probleme der Bearbeitung von Rechtsfällen in Form von Rechtsgutachten mit den Studierenden besprochen.
4. **Methodiken der Fallbearbeitung.** ¹Eine Methodik der Fallbearbeitung dient der Einübung in die Technik der Fallbearbeitung einschließlich des juristischen Argumentierens. ²Anhand ausgewählter Fälle und Entscheidungen werden, mit Bezug auf den Stoff einer Vorlesung und in Absprache mit der/dem die Vorlesung veranstaltenden Hochschullehrerin/Hochschullehrer, Probleme der Bearbeitung von Rechtsfällen in Form von Rechtsgutachten mit den Studierenden besprochen.
5. **Übungen für Fortgeschrittene.** In den Übungen für Fortgeschrittene erweitern und vertiefen die Studierenden durch die Anfertigung von schriftlichen Arbeiten (Hausarbeiten und Klausuren) mit höherem Schwierigkeitsgrad ihre Fähigkeit, die erworbenen Rechtskenntnisse in den Pflichtfächern vor allem auf praktische Fälle anzuwenden.
6. **Kolloquien.** Kolloquien sind Lehrveranstaltungen, in denen mit den Studierenden ausgewählte rechtswissenschaftliche Materien, insbesondere Texte, Theorien, Probleme oder Entscheidungen, diskursiv vertiefend behandelt werden.
7. **Seminare.** ¹Seminare sind Lehrveranstaltungen mit einem begrenzten Teilnehmendenkreis, in denen Studierende rechtswissenschaftliche Themen in Form von Referaten (Seminararbeiten) und Diskussionen selbständig wissenschaftlich bearbeiten. ²Die Referate sind grundsätzlich schriftlich auszuarbeiten und im Verlauf des Seminars mündlich vorzutragen.
8. **Proseminare.** Proseminare sind Lehrveranstaltungen mit einem begrenzten Teilnehmendenkreis, in denen Studierende insbesondere mittels gemeinsamer Analyse von juristischen, rechtsphilosophischen oder rechtsgeschichtlichen Texten oder von Gerichtsent-

scheidungen auf das wissenschaftliche Arbeiten hingeführt werden, wobei die Teilnehmenden einzelne Texte oder Gerichtsentscheidungen interpretierend vorzutragen und ihre Interpretation zur Diskussion zu stellen haben.

- 9. Repetitorien und Vertiefungsvorlesungen.** ¹Repetitorien dienen der Vorbereitung der Studierenden auf die staatliche Pflichtfachprüfung durch Wiederholung und inhaltlich wie systematisch vertiefende, möglichst umfassende Behandlung des Prüfungsstoffs der Pflichtfächer in der Regel über zwei Semester (unter Einschluss der Semesterferien) und in modularisierter Form. ²In Vertiefungsvorlesungen werden Schwerpunkte des Stoffes in einem Umfang und in einer Tiefe behandelt, die in vorangegangenen Lehrveranstaltungen nicht möglich sind. ³Vertiefungsvorlesungen können auch in einer Fremdsprache angeboten werden.
- 10. Klausurenkurse.** In Klausurenkursen wird zur Vorbereitung auf die staatliche Pflichtfachprüfung das Anfertigen von Klausuren unter Examensbedingungen geübt.
- 11. Fachspezifische Sprachkurse.** In rechtswissenschaftlich ausgerichteten Sprachkursen werden fachspezifische Kenntnisse in einer Fremdsprache (§ 18 Absatz 2 SächsJAPO) vermittelt, deren Erwerb die Studierenden befähigen soll, sich in der Rechtssprache eines anderen Landes juristisch zu verständigen und zugleich mit der Rechtssprache dieses Landes dessen Rechtsordnung besser zu verstehen.

§ 8

Zugangsbeschränkungen für Seminare und Proseminare

Für Seminare und Proseminare kann zur Gewährleistung des Lehr- und Studienerfolges die Teilnehmendenzahl beschränkt werden.

§ 9

Übungs- und Seminarleistungen

- (1) ¹In den Übungen für Fortgeschrittene bestehen die von den Teilnehmenden zu erbringenden Leistungen in der Anfertigung von

schriftlichen Arbeiten (Hausarbeiten, Klausuren). ²Diese dienen dem Nachweis der durch die vorangegangenen einschlägigen Lehrveranstaltungen erworbenen Rechtskenntnisse und Fähigkeiten. ³Soweit Übungsleistungen zugleich Prüfungsvorleistungen für die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung darstellen (§ 20 Absatz 2 Nummer 5 PrüfO), regelt § 21 PrüfO das Nähere.

- (2) ¹Seminarleistungen sind die schriftliche Ausarbeitung zu einem wissenschaftlichen Thema (Seminararbeit), der möglichst freie mündliche Vortrag der wesentlichen Begründungen und Ergebnisse der Seminararbeit, deren Verteidigung im Rahmen der anschließenden Aussprache sowie die regelmäßige Teilnahme an den jeweiligen Seminarstunden. ²Sie dienen dem Nachweis der Fähigkeit zu selbständigem und vertieftem wissenschaftlichen Arbeiten. ³Soweit Seminarleistungen Prüfungsvorleistungen für die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 PrüfO) oder Prüfungsleistungen im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 19 Absatz 2, § 22 Absatz 1 PrüfO) darstellen, regeln die § 21, § 22 Absatz 1 PrüfO das Nähere.
- (3) Kann der mündliche Vortrag zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht gehalten werden, ist der/dem Studierenden Gelegenheit zu geben, den Vortrag nachzuholen, sofern sie/er das Versäumnis nicht zu vertreten hat. Dies hat er auf Verlangen nachzuweisen.

§ 10

Bewertung von Studienleistungen mit Leistungsnachweisen

Für die Bewertung von Studienleistungen mit Leistungsnachweisen gelten die Bestimmungen des § 5d Absatz 1 Satz 3 DRiG in Verbindung mit § 1 und § 2 der Verordnung des Bundesministers der Justiz über eine Noten- und Punkteskala für die erste und die zweite juristische Prüfung vom 3. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1243) in ihrer jeweils geltenden Fassung.

§ 11

Bescheinigung von Studienleistungen mit Leistungsnachweisen

- (1) Die erfolgreiche Erbringung von Studienleistungen mit Leistungsnachweisen ist der/dem Studierenden zu bescheinigen.
- (2) Haben Studierende mehr Leistungen erbracht, als dies für die Bescheinigung einer Studienleistung mit Leistungsnachweis erforderlich war, sind ihnen auf ihr Verlangen nur die jeweils besten Leistungen zu bescheinigen.
- (3) ¹Nachweise über die Erbringung von Studienleistungen an einer anderen Hochschule werden angerechnet, es sei denn, es bestehen wesentliche Unterschiede zu den aufgrund dieser Ordnung erworbenen Kompetenzen. ²§ 15 Absatz 4 PrüfO gilt entsprechend. ³Über ihre Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss (§ 6 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 PrüfO), soweit die Anerkennung nach § 25 Absatz 2 dieser Ordnung nicht der/dem Schwerpunktbereichs koordinierenden zugewiesen ist.

§ 12 Studienberatung

- (1) ¹Die allgemeine Studienberatung erfolgt durch die Zentrale Studienberatung der Universität Leipzig. ²Sie erstreckt sich auf Fragen der Studienmöglichkeiten, Einschreibungsmodalitäten und allgemeine studentische Angelegenheiten. ³Eine spezielle Studienberatung, insbesondere zu allen auf den Ablauf und die Anforderungen des rechtswissenschaftlichen Studiums bezogenen Fragen, wird durch das Studienbüro der Juristenfakultät angeboten. ⁴Die spezielle Studienberatung erstreckt sich insbesondere auch auf die Rechtsfolgen des nicht rechtzeitigen Erwerbs von Leistungsnachweisen (§ 15 Satz 2) und der nicht ordnungsgemäßen Erbringung von Zwischenprüfungsleistungen, Prüfungsvorleistungen und Prüfungsleistungen (§§ 13 Absatz 1, 21 Absatz 1, 22 und 23 PrüfO). ⁴Soweit dies erforderlich ist, erfolgt diese Beratung in Absprache mit der Studiendekanin/dem Studiendekan oder der Dekanatsrätin/dem Dekanatsrat.
- (2) Die Hochschullehrer/innen und Mitglieder des akademischen Mit-

telbaus der Fakultät beraten die Studierenden in Studienfachangelegenheiten, insbesondere soweit diese den Inhalt oder die Organisation von Lehrveranstaltungen betreffen.

- (3) Für ausländische Studierende und deutsche Studierende, die ein Studium im Ausland beabsichtigen, wird eine gesonderte Studienberatung angeboten.

§ 13 ***Gegenstandslos***

II. Besondere Bestimmungen für das Pflichtfachstudium

§ 14 **Inhalte des Pflichtfachstudiums**

- (1) Gegenstand des Pflichtfachstudiums sind Lehrveranstaltungen zu den Prüfungsgebieten, auf die sich die staatliche Pflichtfachprüfung nach § 14 Absatz 1 SächsJAPO erstreckt einschließlich der Lehrveranstaltungen zu den Grundlagen des Rechts (Absatz 2), zum Erwerb fachspezifischer Kenntnisse in einer Fremdsprache (Absatz 3) und zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen (Absatz 4).
- (2) Lehrveranstaltungen zu den Grundlagen des Rechts behandeln die geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und rechtsphilosophischen Grundlagen zu den Pflichtfächern im Sinne des § 14 Absatz 3 SächsJAPO. Das sind insbesondere:
1. Rechtsgeschichte
 2. Rechtsphilosophie
 3. Methodenlehre der Rechtswissenschaft
 4. Verfassungsgeschichte
 5. Rechtssoziologie
 6. Allgemeine Staatslehre
 7. Rechtsvergleichung
 8. Kriminologie

- (3) Lehrveranstaltungen zum Erwerb fachspezifischer Kenntnisse in einer Fremdsprache sind fremdsprachige Vorlesungen, Seminare und Moot Courts zu Gegenständen ausländischer Rechtsordnungen oder rechtswissenschaftlich ausgerichtete Sprachkurse.
- (4) Lehrveranstaltungen zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen vermitteln insbesondere Verhandlungsmanagement, Gesprächsführung, Rhetorik, Streitschlichtung, Mediation, Vernehmungslehre und Kommunikationsfähigkeit. Die Vermittlung erfolgt vorrangig im Zusammenhang mit rechtlichen Problemstellungen und dient vor allem zur Vorbereitung auf die Praxis in juristischen Berufen.

§ 15

Studienleistungen mit Leistungsnachweisen im Pflichtfachstudium

¹Im rechtswissenschaftlichen Pflichtfachstudium sind folgende Leistungsnachweise zu erwerben:

1. ein Grundlagenschein (§ 16) im Rahmen einer Veranstaltung zu den Grundlagenfächern des Rechts (§ 14 Absatz 2),
2. acht Bescheinigungen über bestandene Abschlussklausuren (§ 18 Absatz 1) aus den zwölf Vorlesungen, die in § 17 Absatz 1 genannt sind,
3. eine Bescheinigung über eine bestandene Hausarbeit für Anfänger (§ 17 Absatz 4, § 18 Absatz 2),
4. eine Bescheinigung über eine bestandene Übung für Fortgeschrittene im Bürgerlichen Recht, im Öffentlichen Recht und im Strafrecht (§ 20),
5. eine Bescheinigung über den Erwerb fachspezifischer Fremdsprachenkenntnisse (§ 18 Absatz 2 SächsJAPO i. V. m. § 14 Absatz 3),
6. eine Bescheinigung über den Erwerb von Schlüsselqualifikationen (§ 18 Absatz 3 SächsJAPO).

²Wenigstens einer der in Nummer 1 und 2 aufgeführten Leistungsnachweise ist bis zum Beginn des dritten Fachsemesters zu erbringen. ³Der

Nachweis erfolgt in der Regel durch eine tabellarische Übersicht aller bisher erbrachten Studienleistungen über das elektronische Campus-Management-System.

§ 16 Grundlagenschein

- (1) Der Grundlagenschein wird in der Regel durch die erfolgreiche Teilnahme (§ 5 Absatz 3 PrüfO) an einer Klausur im Rahmen einer Vorlesung in einem Grundlagenfach des Rechts erworben.
- (2) ¹Voraussetzung für den Erwerb eines Grundlagenscheins (Absatz 1) durch eine Klausur ist eine Anmeldung für die Veranstaltung und für die Klausur über das elektronische Campus-Management-System. Wird der Grundlagenschein nicht durch eine Klausur erworben, ist nur die Anmeldung für die Veranstaltung über das elektronische Campus-Management-System Voraussetzung für den Erwerb des Grundlagenscheins.
- (3) Wird der Grundlagenschein durch eine Klausur erworben, gelten § 18 Absatz 1 und § 19 entsprechend.

§ 17 Durchführung der Abschlussklausuren und der Hausarbeit für Anfangende

- (1) Abschlussklausuren werden angeboten zu den Vorlesungen aus
 1. dem Bürgerlichen Recht,
 - a) Bürgerliches Recht I (Einführung und Allgemeiner Teil des BGB),
 - b) Bürgerliches Recht II (Schuldrecht Allgemeiner Teil und vertragliche Schuldverhältnisse),
 - d) Bürgerliches Recht III (Sachenrecht),
 - e) Bürgerliches Recht IV (Recht der gesetzlichen Schuldverhältnisse),
 2. dem Öffentlichen Recht,
 - a) Staatsrecht I (Staatsorganisationsrecht),
 - b) Staatsrecht II (Grundrechte),
 - c) Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht,
 - d) Grundzüge des Europarechts,

3. dem Strafrecht,
- a) Strafrecht I (Allgemeiner Teil und Delikte gegen die Person I),
 - b) Strafrecht II (Allgemeiner Teil und Delikte gegen die Person II),
 - c) Strafrecht III (Vermögensdelikte).
- (2) ¹Die Abschlussklausuren werden in der letzten Vorlesungswoche eines Semesters und in den ersten beiden Wochen der anschließenden vorlesungsfreien Zeit angeboten. ²Die Bearbeitungszeit beträgt zwei Zeitstunden. ³Die Teilnahmeberechtigung erlischt, wenn an der Abschlussklausur erfolgreich teilgenommen wurde (§ 5 Absatz 3 PrüfO). ⁴Die Teilnahmeberechtigung erlischt auch, wenn bereits drei Abschlussklausuren (einschließlich Wiederholungsabschlussklausuren im Sinne des Absatzes 3) zur entsprechenden Vorlesung als nicht bestanden (§ 18 Absatz 1) bewertet wurden.
- (3) ¹Zu jeder Abschlussklausur wird eine Wiederholungsabschlussklausur in der letzten Woche der anschließenden Semesterferien oder in der ersten Woche des nachfolgenden Semesters angeboten. ²Teilnahmeberechtigt an einer Wiederholungsabschlussklausur ist, wer
1. an der entsprechenden Abschlussklausur ohne Erfolg teilgenommen hat (§ 5 Absatz 3 PrüfO), oder
 2. aus einem triftigen Grund nicht an der entsprechenden Abschlussklausur teilnehmen konnte. § 8 PrüfO gilt entsprechend.
- ³Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.
- (4) ¹Hausarbeiten für Anfangende werden im Bürgerlichen Recht, im Öffentlichen Recht und im Strafrecht in den Semesterferien jeweils für die gleiche Zahl an Studierenden angeboten. ²Jede/r Studierende ist berechtigt, an einer Hausarbeit für Anfangende je Semesterferien teilzunehmen. ³Die Zuweisung des jeweiligen Fachgebiets (Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht, Strafrecht) erfolgt durch das Studienbüro der Juristenfakultät auf Antrag der/des Studierenden. ⁴Die Zuweisung eines im Antrag gewünschten Fachgebiets kann nur erfolgen, wenn nicht mehr als ein Drittel aller antragstellenden Studierenden das gewünschte

Fachgebiet gewählt haben. ⁵Wählt eine größere Anzahl an Studierenden ein Fachgebiet, entscheidet der zeitliche Eingang des Antrags über die Zuweisung. ⁶Die Bearbeitungszeit beträgt mindestens vier Wochen. ⁷Studierende, die nach Bestehen einer Hausarbeit für Anfangende freiwillig an einer weiteren Hausarbeit für Anfangende teilnehmen wollen, wird eine Hausarbeit aus einem anderen Fachgebiet zugewiesen. ⁸Die Teilnahmeberechtigung erlischt, wenn bereits drei Hausarbeiten als nicht bestanden (§ 18 Absatz 2) bewertet wurden.

- (5) ¹Voraussetzung für die Teilnahme an Abschlussklausuren (Absätze 1 und 2) und Wiederholungsklausuren (Absatz 3) ist eine Anmeldung für die Veranstaltung und für die Klausur über das elektronische Campus-Management-System. ²Voraussetzung für die Teilnahme an Hausarbeiten (Absatz 4) ist eine Anmeldung über das elektronische Campus-Management-System. ³Alle weiteren formellen Anforderungen für die Erstellung von Abschlussklausuren (Absatz 1), Wiederholungsabschlussklausuren (Absatz 3) und Hausarbeiten (Absatz 4) werden vom Prüfungsausschuss festgelegt und bekannt gemacht. ⁴Soweit keine Festlegung und Bekanntgabe durch den Prüfungsausschuss erfolgt ist, werden sie durch die/den verantwortliche/n Veranstaltungsleiter/in festgelegt und bekanntgemacht.

§ 18

Voraussetzungen einer erfolgreichen Teilnahme an den Abschlussklausuren und an der Hausarbeit für Anfangende

- (1) Die Teilnahme an einer Abschlussklausur oder Wiederholungsabschlussklausur ist erfolgreich, wenn die Klausur mindestens mit der Note „ausreichend (4 Punkte)“ bewertet wurde.
- (2) Die Teilnahme an einer Hausarbeit für Anfangende ist erfolgreich, wenn die Hausarbeit mindestens mit der Note „ausreichend (4 Punkte)“ bewertet wurde.

§ 19

Gegenvorstellung für Teilnehmende an Abschlussklausuren und Hausarbeiten für Anfangende

- (1) ¹Teilnehmende an Abschlussklausuren und Hausarbeiten für Anfangende können ihre Arbeiten innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach dem Rückgabetermin mit schriftlicher Begründung bei der/dem Veranstaltungsleitenden zur Überprüfung der Bewertung einreichen (Gegenvorstellung). ²Findet eine Besprechung über die Abschlussklausur oder die Hausarbeit statt, ist die Teilnahme an der Besprechung derjenigen Arbeit, für die eine Abänderung der Bewertung begehrt wird, Voraussetzung für die Überprüfung; von dieser Voraussetzung kann in Ausnahmefällen abgesehen werden. ³§ 21 Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt entsprechend. ⁴Erfolgt die Rückgabe vor der Besprechung, ist für den Fristbeginn nach § 19 Abs. 1 Satz 1 der Besprechungstermin maßgeblich.
- (2) Die Änderung einer Bewertung ist auch in Form einer Herabsetzung der Note oder Punktzahl zulässig.

§ 20

Durchführung der Übungen für Fortgeschrittene

- (1) Übungen für Fortgeschrittene werden als eigenständige Lehrveranstaltungen angeboten und sollen in jedem Semester stattfinden.
- (2) ¹Die Teilnahme an einer Übung für Fortgeschrittene setzt den Erwerb des Grundlagenscheins (§ 15 Satz 1 Nummer 1, § 16) und die erfolgreiche Teilnahme (§ 18 Absatz 2) an einer Hausarbeit für Anfangende (§ 17 Absatz 4) voraus. ²Weitere Voraussetzung ist für die Teilnahme an der Übung für Fortgeschrittene
 1. im Bürgerlichen Recht die erfolgreiche Teilnahme (§ 18) an mindestens drei Abschlussklausuren im Bürgerlichen Recht (§ 17 Absatz 1 Nummer 1),
 2. im Öffentlichen Recht die erfolgreiche Teilnahme (§ 18) an mindestens drei Abschlussklausuren im Öffentlichen Recht (§ 17 Absatz 1 Nummer 2),
 3. im Strafrecht die erfolgreiche Teilnahme (§ 18) an mindestens zwei Abschlussklausuren im Strafrecht (§ 17 Absatz 1 Nummer 3).³Diese Voraussetzungen werden durch eine ordnungsgemäße

Anmeldung über das elektronische Campus-Management-System erbracht, wenn die Anmeldung mindestens einen Tag vor Abgabe der ersten schriftlichen Leistung (Hausarbeit oder Klausur) erfolgt. ⁴Ist eine Anmeldung über das elektronische Campus-Management-System nicht möglich, werden die Voraussetzungen durch Vorlage der genannten Leistungsnachweise bei der Abgabe der ersten schriftlichen Leistung (Hausarbeit oder Klausur) nachgewiesen.

- (3) ¹In den Übungen für Fortgeschrittene werden jeweils in den Semesterferien eine vor- und eine nachlaufende Hausarbeit und während der Vorlesungszeit mindestens zwei Klausuren angeboten. ²Die nachlaufende Hausarbeit ist zugleich die vorlaufende Hausarbeit der Übung für Fortgeschrittene des folgenden Semesters. ³Die Bearbeitungszeit für eine Hausarbeit beträgt mindestens vier Wochen. ⁴Die Bearbeitungszeit für Klausuren beträgt drei Zeitstunden. ⁵Die formellen Anforderungen für die einzelnen Übungsleistungen werden durch die/den verantwortliche/n Übungsleiter/in festgelegt.

§ 21

Voraussetzungen einer erfolgreichen Teilnahme an einer Übung für Fortgeschrittene

- (1) Die Teilnahme an einer Übung für Fortgeschrittene ist erfolgreich, wenn jeweils eine Hausarbeit und eine Klausur mindestens mit der Note "ausreichend (4 Punkte)" bewertet wurde.
- (2) ¹Im Rahmen der Übungen für Fortgeschrittene sind die zur erfolgreichen Teilnahme erforderlichen Übungsleistungen grundsätzlich innerhalb einer Übungsveranstaltung zu erbringen. ²In Ausnahmefällen kann die/der Übungsleitende die Anrechnung von Leistungen aus der unmittelbar vorangegangenen Übung gestatten. ³Ein solcher Ausnahmefall liegt insbesondere vor, wenn die/der Übungsteilnehmende eine Übungsleistung aus Gründen nicht erbringen konnte, die sie/er nicht zu vertreten hat. ⁴Dies hat sie/er auf Verlangen nachzuweisen.

§ 22

Gegenvorstellung für Teilnehmende an einer Übung für Fortgeschrittene

- (1) ¹Übungsteilnehmende können ihre Arbeiten innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach dem Rückgabe- und Besprechungstermin mit schriftlicher Begründung bei der/dem Übungsleitenden zur Überprüfung der Bewertung einreichen (Gegenvorstellung). ²Voraussetzung für diese Überprüfung ist die Teilnahme an der Besprechung derjenigen Arbeit, für die eine Abänderung der Bewertung begehrt wird; hiervon kann in Ausnahmefällen abgesehen werden. ³§ 21 Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.
- (2) Die Änderung einer Bewertung ist auch in Form einer Herabsetzung der Note oder Punktzahl zulässig.

§ 23

Praktische Studienzeit

Die Studierenden müssen in der vorlesungsfreien Zeit insgesamt drei Monate (90 Tage) an praktischen Studienzeiten teilnehmen. Das Nähere regelt § 19 SächsJAPO.

III. Besondere Bestimmungen für das Schwerpunktbereichsstudium

§ 24

Schwerpunktbereiche

- (1) Das Studium im Schwerpunktbereich dient der wissenschaftlichen Vertiefung und Ergänzung des Pflichtstudiums sowie der Vermittlung interdisziplinärer und internationaler Bezüge des Rechts.
- (2) Jede/r Studierende wählt einen Schwerpunktbereich. Schwerpunktbereiche sind:
 1. Grundlagen des Rechts
 2. Staat und Verwaltung – Umwelt, Bauen, Wirtschaft
 3. Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr

4. Europarecht – Völkerrecht – Menschenrechte
5. Bank- und Kapitalmarktrecht
6. Kriminalwissenschaften
7. Medien- und Informationsrecht
8. Rechtsberatung – Rechtsgestaltung –
Rechtsdurchsetzung
9. Unternehmensrecht
10. Arbeitsrecht
11. Steuerrecht
12. Wettbewerbsrecht und Energierecht

§ 25

Aufgaben der/des Schwerpunktbereichskoordinierenden

- (1) ¹Jeder Schwerpunktbereich hat eine/n Schwerpunktbereichskoordinierende/n. ²Die/Der Schwerpunktbereichskoordinierende ist Hochschullehrer/in der Juristenfakultät und wird vom Fakultätsrat gewählt. ³Eine Wiederwahl ist möglich. ⁴Die Amtszeit beträgt vier Jahre. ⁵Sie endet vorzeitig im Falle eines Rücktritts oder wenn die/der Amtsinhaber/in kein/e Hochschullehrer/in der Juristenfakultät mehr ist.

- (2) Aufgaben der/des Schwerpunktbereichskoordinierenden sind:
 1. die Repräsentation des Schwerpunktbereichs;
 2. die allgemeine und individuelle Studienberatung zum Schwerpunktbereich;
 3. die Veranlassung der Bekanntmachung über das Studienbüro der angezeigten Wahlfächer (§ 26 Absatz 6) und der angezeigten Themen für wissenschaftliche Studienarbeiten als Prüfungsleistung für den Schwerpunktbereich (§ 26 Absatz 10);
 4. die Anerkennung und Veranlassung der Bekanntmachung über das Studienbüro von interuniversitären Wahlfächern im Universitätsverbund (§ 26 Absatz 7), interdisziplinären Wahlfächern (§ 26 Absatz 8) und Einzelfall-Anerkennungen (§ 26 Absatz 9);
 5. die Entscheidung über die Gleichwertigkeit besuchter Veranstaltungen gemäß § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 Satz 2 PrüfO durch Gegenzeichnung der Anerkennung auf dem

Belegbogen im Sinne des § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 Satz 1 PrüfO;

6. die Festlegung der formellen Anforderungen an die Schwerpunktbereichsklausuren (§ 23 Absatz 3 Satz 2 PrüfO).

§ 26

Inhalt, Umfang und Aufbau des Studiums im Schwerpunktbereich

- (1) ¹Das Schwerpunktbereichsstudium umfasst die Teilnahme an Lehrveranstaltungen im Umfang von 16 Semesterwochenstunden. ²Es gliedert sich in Pflichtfächer (sechs Semesterwochenstunden), Wahlfächer (acht Semesterwochenstunden, davon bis zu zwei Semesterwochenstunden Lehrveranstaltungen zur Vorbereitung auf die Schwerpunktbereichsklausur) und ein Seminar (zwei Semesterwochenstunden), in dem die wissenschaftliche Studienarbeit als Prüfungsleistung erbracht wird.
- (2) ¹In jedem Schwerpunktbereich müssen die Pflichtfächer im Umfang von sechs Semesterwochenstunden innerhalb von zwei aufeinander folgenden Semestern angeboten werden. ²Die Pflichtfächer der einzelnen Schwerpunktbereiche ergeben sich aus der Anlage 1 zur Studienordnung.
- (3) ¹In jedem Schwerpunktbereich müssen Wahlfächer im Umfang von mindestens zehn Semesterwochenstunden in zwei aufeinander folgenden Semestern angeboten werden. ²In jedem Semester sollen Wahlfächer im Umfang von mindestens vier Semesterwochenstunden angeboten werden.
- (4) ¹Regelmäßig angebotene Wahlfächer der einzelnen Schwerpunktbereiche ergeben sich aus der Anlage 1 zur Studienordnung (Katalog-Wahlfächer). ²Dort aufgeführte Wahlfächer sollen einmal innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Semestern angeboten werden.
- (5) ¹Ist ein Katalog-Wahlfach mit einem eingrenzbaren Obergriff bezeichnet, unter den mindestens zwei Veranstaltungen gefasst werden können (Teilgebietsbeschreibung), muss regelmäßig

mindestens eine Veranstaltung angeboten werden, die sich unter die Teilgebietsbeschreibung fassen lässt (teilgebietskonkretisierendes Wahlfach). ²Das gilt auch für Wahlfächer, die alternativ zwei Veranstaltungen benennen (Oder-Wahlfach). ³Wird ein teilgebietskonkretisierendes Wahlfach angeboten, ist vor Beginn des Semesters über das Studienbüro der Juristenfakultät bekannt zu machen, zu welcher Teilgebietsbeschreibung es gehört. ⁴Studierende können in ihrem Schwerpunktbereich mehrere teilgebietskonkretisierende Wahlfächer und beide Oder-Wahlfächer als Wahlfach im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 wählen.

- (6) ¹Ergänzend können Pflicht- oder Wahlfächer aus anderen Schwerpunktbereichen sowie weitere zusätzliche Lehrveranstaltungen in einem Schwerpunktbereich, die nicht auch Gegenstand des Pflichtfachstudiums sind, als Wahlfächer eines Schwerpunktbereichs angeboten werden (Wahlfach kraft Anzeige und Bekanntmachung). ²Das Angebot eines solchen Wahlfachs ist der/dem Schwerpunktbereichs koordinierenden anzuzeigen und über das Studienbüro bekanntzumachen. ³Die/Der Schwerpunktbereichs koordinierende muss selbst solche Wahlfächer anzeigen und über das Studienbüro bekanntmachen, soweit nicht gesichert ist, dass im Schwerpunktbereich innerhalb von zwei aufeinander folgenden Semestern Wahlfächer im Umfang von zehn Semesterwochenstunden angeboten werden. ⁴Die Bekanntmachung durch das Studienbüro erfolgt vor Beginn des Semesters.
- (7) ¹Die/Der Schwerpunktbereichs koordinierende kann thematisch einschlägige Veranstaltungen als Wahlfächer anerkennen, die an einer rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universitäten Jena oder Halle (Saale) angeboten werden (interuniversitäres Wahlfach im Hochschulverbund kraft Anerkennung). ²Die Anerkennung ist vor Beginn des Semesters über das Studienbüro der Juristenfakultät bekanntzumachen.
- (8) ¹Die/Der Schwerpunktbereichs koordinierende kann auch Veranstaltungen als Wahlfächer anerkennen, die an einer anderen Fakultät der Universität Leipzig angeboten werden (interdisziplinäres Wahlfach kraft Anerkennung). ²Voraussetzung für die Aner-

kennung ist, dass eine solche Veranstaltung der Vermittlung interdisziplinärer Bezüge des Rechts dient (§ 5a Absatz 3 Satz 2 DRiG) und einen begründbaren Zusammenhang mit dem jeweiligen Schwerpunktbereich aufweist. ³Die Anerkennung ist vor Beginn des Semesters über das Studienbüro der Juristenfakultät bekanntzumachen. ⁴Studierenden werden interdisziplinäre Wahlfächer kraft Anerkennung höchstens im Umfang von zwei Semesterwochenstunden als Wahlfach im Schwerpunktbereich anerkannt.

- (9) ¹Die/Der Schwerpunktbereichs koordinierende unterstützt Studierende in ihrer Eigeninitiative, konkrete Vorschläge für interuniversitäre Wahlfächer im Hochschulverbund (Absatz 7) oder interdisziplinäre Wahlfächer (Absatz 8) zu machen. ²Sie/Er kann auf Antrag einer/eines Studierenden ein solches Wahlfach im Einzelfall auch nach Belegung durch die/den Studierende/n anerkennen. ³Eine Einzelfall-Anerkennung ist zu dokumentieren und dem Studienbüro der Juristenfakultät mitzuteilen.
- (10) ¹Seminare, in denen Studierende im von ihnen gewählten Schwerpunktbereich eine wissenschaftliche Studienarbeit als Prüfungsleistung (§ 19 Absatz 2, § 22 Absatz 1 PrüfO) erbringen können, müssen jedes Semester angeboten werden. ²Dabei können in einem Seminar Prüfungsleistungen für mehrere Schwerpunktbereiche angeboten werden. ³Das Angebot ist der/dem jeweiligen Schwerpunktbereichs koordinierenden anzuzeigen und über das Studienbüro der Juristenfakultät bekanntzumachen.

IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 27

Elektronisches Campus-Management-System

- (1) ¹Soweit in dieser Ordnung nichts anderes bestimmt ist, sind formelle Studien- und Prüfungsangelegenheiten (insbesondere An- und Abmeldung, Einschreibung, Ausstellung von Bescheinigungen) über das elektronische Campus-Management-System abzuwickeln. ²Bei Zweifeln ist eine An- oder Abmeldung

durch die/den Studierende/n nachzuweisen.

- (2) Ist die Nutzung des elektronischen Campus-Management-Systems nicht möglich, erfolgt die Abwicklung über das Studienbüro der Juristenfakultät oder nach Bekanntgabe durch den betreffenden Lehrstuhl.

§ 28 Übergangsregelungen

- (1) Soweit Studierenden nach § 28 der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 3. Dezember 2014 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 61, S. 1 - 43) Rechte eingeräumt wurden, gelten die Regelungen auch nach Inkrafttreten von Art. 1 der Ersten Änderungssatzung vom 2. März 2017 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 2/2017, S. 43 - 56) und Artikel 1 der Zweiten Änderungssatzung vom 16. November 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 49/2020, S. 5 - 11) fort.
- (2) Studienleistungen, die vor Inkrafttreten der Zweiten Änderungssatzung vom 16. November 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 49/2020, S. 5 - 11) nach der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung erbracht wurden, werden anerkannt.
- (3) Für Studierende, die ihr Studium an der Juristenfakultät vor dem Inkrafttreten dieser Änderungssatzung aufgenommen haben,
 - a) gilt § 15 Satz 1 Nummer 2 mit der Abweichung, dass sieben Bescheinigungen über bestandene Abschlussklausuren erforderlich sind;
 - b) gilt § 20 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 in der Fassung der jeweiligen Norm in der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 3. Dezember 2014 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 61, S. 1 bis 43) in der Fassung der Zweiten Änderungssatzung vom 16.11.2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität

Leipzig, Nr. 49, S. 5–11) fort.

§ 29

Inkrafttreten und Veröffentlichung

¹Diese Studienordnung tritt am 1. Oktober 2013 in Kraft und wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht.

²Gleichzeitig tritt die Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaften vom 16. Oktober 2012 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 69/2012, S. 34 – 72) außer Kraft. ³Die Änderungen durch die Erste Änderungssatzung vom 2. März 2017 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 2/2017, S. 43 - 56) treten am 1. Oktober 2016 in Kraft. ⁴Die Änderungen durch die Zweite Änderungssatzung vom 16. November 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 49/2020, S. 5 - 11) treten am 1. April 2020 in Kraft. ⁵Die Änderungen durch die dritte Änderungssatzung vom 15. Dezember 2021 treten am 1. Oktober 2022 in Kraft.

Anlage 1 zur Studienordnung

STUDIENANGEBOT DER SCHWERPUNKTBEREICHE

1. Grundlagen des Rechts
2. Staat und Verwaltung – Umwelt, Bauen, Wirtschaft
3. Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr
4. Europarecht – Völkerrecht – Menschenrechte
5. Bank- und Kapitalmarktrecht
6. Kriminalwissenschaften
7. Medienrecht
8. Rechtsberatung – Rechtsgestaltung –
Rechtsdurchsetzung
9. Unternehmensrecht
10. Arbeitsrecht
11. Steuerrecht
12. Wettbewerbsrecht und Energierecht

**Schwerpunktbereich 1:
Grundlagen des Rechts
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Rechtsphilosophie der Neuzeit	2
Rechtsgeschichte der Neuzeit	2
Rechtssoziologie (auch Schwerpunktbereich 6)	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Europäische Rechtsgeschichte (z.B. Römisches Recht, mittelalterliche Rechtsgeschichte)	2
Systematische Rechtsphilosophie und Methodik (z.B. Eigentums-, Staatsbegründung, Strafrechtsphilosophie (auch Schwerpunktbereich 6), Recht und Politik, Methodenlehre	2
Geschichte und Theorie des Verfassungsstaates (auch Schwerpunktbereich 2)	2
Religion und Recht (Kirchenrecht, Staatskirchenrecht, kirchliche Rechtsgeschichte)	2
Lehrveranstaltungen zur vergleichenden Rechtswissenschaft (aus Schwerpunktbereichen 3 und 6)	2
Europäischer Menschenrechtsschutz – EMRK <i>oder</i> Internationaler und Europäischer Menschenrechtsschutz (aus Schwerpunktbereich 4)	2

**Schwerpunktbereich 2:
Staat und Verwaltung – Umwelt, Bauen, Wirtschaft
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Umweltrecht I (auch Schwerpunktbereich 12)	2
Bauplanungsrecht (Vertiefung) und Raumordnungsrecht	2
Öffentliches Wirtschaftsrecht (auch Schwerpunktbereiche 9 und 12)	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Umweltrecht II (auch Schwerpunktbereich 12)	2
Fachplanungsrecht	2
Rechtsgestaltung im Öffentlichen Recht I (auch Schwerpunktbereich 8)	2
Rechtsgestaltung im Öffentlichen Recht II	2
Geschichte und Theorie des Verfassungsstaates (aus Schwerpunktbereich 1)	2
Staatskirchenrecht (aus Schwerpunktbereich 1)	2
Verfassungsrechtliche und europarechtliche Grundlagen des Steuerrechts (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Steuerverfahrensrecht (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Energiewirtschaftsrecht I – Grundlagen (aus Schwerpunktbereich 12)	2
Energiewirtschaftsrecht II – Vertiefung (aus Schwerpunktbereich 12)	2

**Schwerpunktbereich 3:
Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

IPR Familien-/ Erbrecht (mit AT) (auch Schwerpunktbereich 4)	2
IPR Schuldrecht/ Sachenrecht (mit AT) (auch Schwerpunktbereich 10)	2
Europäisches Zivilprozessrecht (auch Schwerpunktbereich 4)	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

UN-Kaufrecht (CISG) (auch Schwerpunktbereich 4)	2
Einführung in die Rechtsvergleichung (auch Schwerpunktbereich 1) <i>oder</i> Internationale Schiedsgerichtsbarkeit (auch Schwerpunktbereich 4)	2
Einführung in eine ausländische Privatrechtsordnung (z.B.: Skandinavien, Frankreich, Österreich, Ungarn, Spanien, USA) Es werden jährlich mindestens zwei Einführungen angeboten. (auch Schwerpunktbereich 4)	2
Vertiefung-zum Internationalen Familien- und Erbverfahrensrecht	2
Vertiefung zum Europäischen Privat- und Verfahrensrecht	2
Einführung in die Bearbeitung auslandsrechtlicher Praxisfälle	2
Europäischer Menschenrechtsschutz – EMRK <i>oder</i> Internationaler und Europäischer Menschenrechtsschutz (aus Schwerpunktbereich 4)	2
Internationales Steuerrecht (aus Schwerpunktbereich 11) <i>oder</i> EU-Wirtschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2

**Schwerpunktbereich 4:
Europarecht – Völkerrecht – Menschenrechte
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Völkerrecht	2
Europarecht II	2
Recht der Internationalen Organisationen	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Europäischer Menschenrechtsschutz – EMRK <i>oder</i> Internationaler und Europäischer Menschenrechtsschutz (auch Schwerpunktbereiche 1, 3, 6 und 7)	2
Außenwirtschaftsrecht der EU <i>oder</i> Welthandelsrecht (WTO)	2
Vertiefung zu aktuellen Problemen des Völker- und Europarechts	2
Internationales Steuerrecht (aus Schwerpunktbereich 11) <i>oder</i> EU-Wirtschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Einführung in die Rechtsvergleichung <i>oder</i> Internationale Schiedsgerichtsbarkeit (beide aus Schwerpunktbereich 3)	2
Einführung in eine ausländische Privatrechtsordnung (z.B. Skandinavien, Frankreich, Österreich, Ungarn, Spanien, USA) Es werden jährlich mindestens zwei Einführungen angeboten. (aus Schwerpunktbereich 3)	2
UN-Kaufrecht (CISG) (aus Schwerpunktbereich 3)	2
IPR Schuldrecht/ Sachenrecht (mit AT) (auch Schwerpunktbereich 10)	2
Europäisches Zivilprozessrecht (aus Schwerpunktbereich 3)	2
Internationales Bankrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Internationales Strafrecht (Europäisches Strafrecht, Völkerstrafrecht, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Strafrechtsverglei- chung) (aus Schwerpunktbereich 6)	2

Übung im Völker- und Europarecht	2
Internationales und europäisches Migrationsrecht	2
Verfassungsrechtliche und europarechtliche Grundlagen des Steuerrechts (aus Schwerpunktbereich 11)	2

**Schwerpunktbereich 5:
Bank- und Kapitalmarktrecht
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 5)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Recht der Bankgeschäfte I (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Kapitalmarktrecht (auch Schwerpunktbereiche 9 und 12)	2
Recht der Bankgeschäfte II	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Kapitalmarktrecht II	2
Praxis des Kapitalmarktrechts	2
Aktuelle Rechtsprechung des BGH im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht (auch Schwerpunktbereich 9)	2
EU-Wirtschaftsrecht (auch Schwerpunktbereiche 4 und 9)	2
Internationales Bankrecht (auch Schwerpunktbereich 4)	2
Recht der Kreditsicherheiten	2
Kapitalgesellschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 9)	2
Umwandlungs- und Konzernrecht (aus Schwerpunktbereich 9)	2
Handelsrecht II (Wirtschaftsverträge) (aus Schwerpunktbereich 9)	2
Insolvenzrecht (aus Schwerpunktbereich 8)	2
Wirtschaftsstrafrecht (aus Schwerpunktbereich 6)	2
Einkommensteuerrecht (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Vertiefungsveranstaltung zum deutschen, europäischen und internationalen Bank- und Kapitalmarktrecht	2

**Schwerpunktbereich 6:
Kriminalwissenschaften
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 6)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Wirtschaftsstrafrecht einschließlich der praktischen Bezüge (auch Schwerpunktbereiche 5 und 9)	2
Internationales Strafrecht I (Völkerstrafrecht u. Europäisches Strafrecht) einschließlich der praktischen Bezüge	2
Kriminologie II einschließlich der Bezüge zum Recht der strafrechtlichen Sanktionen	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Internationales Strafrecht II (Strafrechtsvergleichung (auch Schwerpunktbereich 1), Internationale Rechtshilfe in Strafsachen) (auch Schwerpunktbereich 4), Internationales Strafrecht im Friedenssicherungsrecht und im Recht der bewaffneten Konflikte (auch Schwerpunktbereich 4))	2
Jugendstrafrecht	2
Kriminologie II: Vertiefung und besondere Probleme der Kriminologie	2
Ordnungswidrigkeitenrecht	2
Steuerstrafrecht (auch Schwerpunktbereich 11)	2
Strafvollzugsrecht	2
Wirtschaftskriminologie und Compliance (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Europäischer Menschenrechtsschutz – EMRK <i>oder</i> Internationaler und Europäischer Menschenrechtsschutz (beide aus dem Schwerpunktbereich 4)	2

Systematische Rechtsphilosophie (soweit Strafrechtsphilosophie) (aus Schwerpunktbereich 1)	2
Medienstrafrecht (aus Schwerpunktbereich 7)	2
Rechtssoziologie (aus Schwerpunktbereich 1)	2
Strafrechtliche Sanktionen	2
Medienrecht III (Strafrecht) (aus Schwerpunktbereich 7)	2
Strafprozessuales Revisionsrecht	2

**Schwerpunktbereich 7:
Medien- und Informationsrecht**

(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 7)

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Medienrecht I (Zivilrecht)	2
Medienrecht II (Öffentliches Recht)	2
Medienrecht III (Strafrecht) (auch Schwerpunktbereich 6)	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Urheberrecht	2
Informationsrecht	2
Datenrecht	2
Presserecht – Persönlichkeitsschutz und Äußerungsrecht	2
Marken- und Kennzeichenrecht	2
Urhebervertragsrecht	2
Wettbewerbsrecht (aus Schwerpunktbereich 9)	2
Europäischer Menschenrechtsschutz – EMRK oder Internationaler und Europäischer Menschenrechtsschutz (aus Schwerpunktbereich 4)	2

Schwerpunktbereich 8
Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 8)

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Rechtsgestaltung (auch Schwerpunktbereich 10)	2
Insolvenzrecht (auch Schwerpunktbereiche 9 und 10)	2
Zivilverfahrensrecht	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Rechtsgestaltung im Privatrecht I: Familien- und Erbrecht	2
Rechtsgestaltung im Privatrecht II: Grundstücksrecht	2
Rechtsgestaltung im Privatrecht III: Vertragsgestaltung im Gesellschaftsrecht (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Einführung in den Anwaltsberuf (Berufsrecht – Haftungsrecht – Praxis des Anwaltsberufs)	2
Rechtsgestaltung im Öffentlichen Recht I (aus Schwerpunktbereich 2)	2
Arbeitsvertragsgestaltung (aus Schwerpunktbereich 10)	2
Vertiefung zur Rechtsgestaltung im Arbeitsrecht (aus Schwerpunktbereich 10)	2
Prozess/Mediation/Schiedsverfahren/Moot Court	2
Europäisches Zivilprozessrecht (aus Schwerpunktbereich 3)	2
Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht (einschl. Unternehmensnachfolge) (aus Schwerpunktbereich 11)	2

**Schwerpunktbereich 9
Unternehmensrecht
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 9)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Kapitalgesellschaftsrecht (auch Schwerpunktbereiche 5, 11 und 12)	2
Handelsrecht II: Wirtschaftsverträge	2
Personengesellschaftsrecht II (auch Schwerpunktbereich 11)	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Umwandlungs- und Konzernrecht (auch Schwerpunktbereich 11)	2
Rechtsdurchsetzung im Gesellschaftsrecht <i>oder</i> Rechtsgestaltung im Privatrecht III: Vertragsgestaltung im Gesellschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 8)	2
Wettbewerbsrecht (auch Schwerpunktbereich 7)	2
Kapitalmarktrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
EU-Wirtschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Einkommensteuerrecht (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Insolvenzrecht (aus Schwerpunktbereich 8)	2
Recht der Bankgeschäfte I (aus Schwerpunktbereich 5)	2
„Aktuelle Rechtsprechung des BGH im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Bilanzsteuerrecht (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Unternehmenssteuerrecht I (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Unternehmenssteuerrecht II (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Umwandlungssteuerrecht (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht (einschl. Unternehmensnachfolge) (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Materielles Betriebsverfassungsrecht (aus Schwerpunktbereich 10)	2
Formelles Betriebsverfassungsrecht (aus Schwerpunktbereich 10)	2

Recht der Unternehmensmitbestimmung (aus Schwerpunktbereich 10)	2
Öffentliches Wirtschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 2)	2
Wirtschaftsstrafrecht (aus Schwerpunktbereich 6)	2

Schwerpunktbereich 10
Arbeitsrecht
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 10)

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Materielles Betriebsverfassungsrecht (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Koalitionsrecht	2
Arbeitsvertragsgestaltung (auch Schwerpunktbereich 8)	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Formelles Betriebsverfassungsrecht (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Recht der Unternehmensmitbestimmung (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Vertiefung zur Rechtsgestaltung im Arbeitsrecht (auch Schwerpunktbereich 8)	2
Rechtsgestaltung (aus Schwerpunktbereich 8)	2
IPR Schuldrecht/Sachenrecht (mit AT) (aus Schwerpunktbereich 3)	2
Einkommensteuerrecht (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Steuerverfahrensrecht (aus Schwerpunktbereich 11)	2
Umwandlungs- und Konzernrecht (aus Schwerpunktbereich 10)	2
Insolvenzrecht (aus Schwerpunktbereich 8)	2
Klausurenkurs zum SPB 10	2

Schwerpunktbereich 11
Steuerrecht
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 11)

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Einkommensteuerrecht (auch Schwerpunktbereiche 5, 9, 10)	2
Unternehmenssteuerrecht I (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Steuerverfahrensrecht (auch Schwerpunktbereiche 2 und 10)	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Bilanzsteuerrecht (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Unternehmenssteuerrecht II (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Internationales Steuerrecht (auch Schwerpunktbereiche 3 und 4)	2
Verfassungsrechtliche und europarechtliche Grundlagen des Steuerrechts (auch Schwerpunktbereiche 2 und 4) oder Verfassungsrechtliche Grundlagen des Steuerrechts (auch Schwerpunktbereich 2) oder Europäisches Steuerrecht (auch Schwerpunktbereich 4)	2
Umsatzsteuerrecht	2
Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht (einschl. Unternehmensnachfolge) (auch Schwerpunktbereiche 8 und 9)	2
Umwandlungssteuerrecht (auch Schwerpunktbereich 9)	2
Steuerstrafrecht (aus Schwerpunktbereich 6)	2
Personengesellschaftsrecht II (aus Schwerpunktbereich 9)	2
Kapitalgesellschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 9)	2
Umwandlungs- und Konzernrecht (aus Schwerpunktbereich 9)	2

Schwerpunktbereich 12
Wettbewerbsrecht und Energierecht
(§ 24 Absatz 2 Satz 2 Nummer 12)

I. Pflichtfächer (§ 26 Absatz 2)

Kartellrecht I – Grundlagen	2
Kartellrecht II – Vertiefung	2
Lauterkeitsrecht	2

II. Katalog-Wahlfächer (§ 26 Absatz 4)

Kartellrecht III	2
Energiewirtschaftsrecht I – Grundlagen	2
Energiewirtschaftsrecht II – Vertiefung	2
Unternehmensstrategien im Wettbewerb	2
Eisenbahnregulierungsrecht	2
Kapitalgesellschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 9)	2
Kapitalmarktrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Umweltrecht I (aus Schwerpunktbereich 2)	2
Umweltrecht II (aus Schwerpunktbereich 2)	2
Öffentliches Wirtschaftsrecht (aus Schwerpunktbereich 2)	2

Anlage 3 zur Studienordnung

STUDIENABLAUFPLAN

1. Semester

Zivilrecht:

Vorlesung BGB I – Einführung und Allgemeiner Teil des BGB	6 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum Bürgerlichen Recht I	2 SWS

Öffentliches Recht:

Vorlesung Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht	4 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum Staatsrecht I	2 SWS

Strafrecht:

Vorlesung Strafrecht I (Allgemeiner Teil und Delikte gegen die Person)	3 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum Strafrecht I	2 SWS

Hausarbeit für Anfänger:

Rechtsgebiet: Zivilrecht, Öffentliches Recht oder Strafrecht
Die Bearbeitung erfolgt in den nachfolgenden Semesterferien.

Grundlagen des Rechts

Vorlesung zu einem Grundlagenfach (§ 14 Absatz 2)	2 SWS
---	-------

Insbesondere wahlweise: Rechtsgeschichte; Rechtsphilosophie;
Methodenlehre der Rechtswissenschaft; Verfassungsgeschichte;
Rechtssoziologie; Allgemeine Staatslehre, Kriminologie
Es besteht die Möglichkeit zum Erwerb des Grundlagenscheins*.

* Der Scheinerwerb ist auch im zweiten, dritten oder vierten Semester möglich.

2. Semester

Zivilrecht:

Vorlesung BGB II (Schuldrecht Allgemeiner Teil und vertragliche Schuldverhältnisse)	8 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum BGB II	2 SWS

Öffentliches Recht:

Vorlesung Staatsrecht II – Grundrechte	4 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum Staatsrecht II	2 SWS

Strafrecht:

Vorlesung Strafrecht II (Allgemeiner Teil und Delikte gegen die Person II)	3 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum Strafrecht II	2 SWS

Hausarbeit für Anfängende:

Rechtsgebiet: Zivilrecht, Öffentliches Recht oder Strafrecht
Die Bearbeitung erfolgt in der nachfolgenden vorlesungsfreien Zeit.
Soweit bereits eine Hausarbeit für Anfängende bestanden wurde (§ 18 Absatz 2), ist die Teilnahme fakultativ (§ 17 Absatz 4 Satz 7).

Grundlagen des Rechts

Vorlesung zu einem Grundlagenfach (§ 14 Absatz 2)	2 SWS
---	-------

Insbesondere wahlweise: Rechtsgeschichte; Rechtsphilosophie;
Methodenlehre der Rechtswissenschaft; Verfassungsgeschichte;
Rechtssoziologie; Allgemeine Staatslehre, Kriminologie

Es besteht die Möglichkeit zum Erwerb des Grundlagenscheins*.

* Der Scheinerwerb ist auch im ersten, dritten oder vierten Semester möglich.

3. Semester

Zivilrecht:

Vorlesung BGB III (Sachenrecht)	4 SWS
Vorlesung BGB IV (gesetzliche Schuldverhältnisse)	2 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum Sachenrecht unter Berücksichtigung der gesetzlichen Schuldverhältnisse oder	2 SWS
Methodik der Fallbearbeitung zum Sachenrecht unter Berücksichtigung der gesetzlichen Schuldverhältnisse	2 SWS

Öffentliches Recht:

Vorlesung Allgemeines Verwaltungsrecht mit VwGO	4 SWS
Vorlesung Grundzüge des Europarechts	2 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum Allgemeinen Verwaltungsrecht mit VwGO	2 SWS
oder	
Methodik der Fallbearbeitung zum Allgemeinen Verwaltungsrecht mit VwGO	2 SWS

Strafrecht:

Vorlesung Strafrecht III (Vermögensdelikte)	3 SWS
Arbeitsgemeinschaft zum Strafrecht III oder	2 SWS
Methodik der Fallbearbeitung zum Strafrecht III	2 SWS

Hausarbeit für Anfangende:

Rechtsgebiet: Zivilrecht, Öffentliches Recht oder Strafrecht
Die Bearbeitung erfolgt in der nachfolgenden vorlesungsfreien Zeit.
Soweit bereits eine Hausarbeit für Anfangende bestanden wurde (§ 18 Absatz 2), ist die Teilnahme fakultativ (§ 17 Absatz 4 Satz 7).

4. Semester

Zivilrecht:

Vorlesung Handels- und Gesellschaftsrecht	3 SWS
Vorlesung Arbeitsrecht	2 SWS
Vorlesung ZPO I	2 SWS

Öffentliches Recht:

Vorlesung Polizeirecht	2 SWS
Vorlesung Staatsrecht III (völkerrechtliche Bezüge)	2 SWS

Strafrecht:

Vorlesung StGB IV (Delikte gegen die Allgemeinheit)	2 SWS
Übung im Strafrecht für Fortgeschrittene*	2 SWS

Zum Erwerb des Übungsscheins werden in den Semesterferien eine vor- und eine nachlaufende Hausarbeit sowie im Rahmen der Übung mindestens zwei Klausuren angeboten.

* An der Übung kann wahlweise auch in einem späteren Semester teilgenommen werden.

5. Semester

Zivilrecht:

Vorlesung BGB V – Kreditsicherungsrecht 2 SWS

Vorlesung ZPO II 2 SWS

Übung im Bürgerlichen Recht für Fortgeschrittene* 2 SWS

Zum Erwerb des Übungsscheins werden in den Semesterferien eine vor- und eine nachlaufende Hausarbeit sowie im Rahmen der Übung mindestens zwei Klausuren angeboten.

* An der Übung kann wahlweise auch im 4. Semester oder in einem späteren Semester teilgenommen werden.

Öffentliches Recht:

Vorlesung Kommunalrecht 2 SWS

Vorlesung Baurecht 2 SWS

Vorlesung VwGO (Vertiefung) 2 SWS

Strafrecht:

Vorlesung Strafprozessrecht 2 SWS

Beginn des Schwerpunktbereichsstudiums

Vorlesungen aus den Schwerpunktbereichen 4–10 SWS

6. Semester

Zivilrecht:

Vorlesung Erbrecht	2 SWS
Vorlesung Familienrecht	2 SWS

Öffentliches Recht

Vorlesung Recht der öffentlichen Ersatzleistungen	2 SWS
Übung im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene*	2 SWS

Zum Erwerb des Übungsscheins werden in den Semesterferien eine vor- und eine nachlaufende Hausarbeit sowie im Rahmen der Übung mindestens zwei Klausuren angeboten.

* An der Übung kann wahlweise auch im 5. Semester oder in einem späteren Semester teilgenommen werden.

Fortsetzung des Schwerpunktbereichsstudiums:

Vorlesungen aus den Schwerpunktbereichen	4–10 SWS
Zulassungsseminar	2 SWS

7. Semester

Veranstaltungen des 7. Semesters können wahlweise auch im 9. Semester besucht werden

Zivilrecht:

Repetitorium im Bürgerlichen Recht (BGB I–III) im Rahmen der „Leipziger-Examens-Offensive“ (LEO)	6 SWS
Ferien-LEO BGB	4 SWS

Öffentliches Recht:

Repetitorium im Öffentlichen Recht (Verwaltungsrecht I–III) im Rahmen der „Leipziger-Examens-Offensive“ (LEO)	6 SWS
Ferien-LEO Öffentliches Recht	4 SWS

Strafrecht:

Repetitorium im Strafrecht Recht (Verwaltungsrecht I–III) im Rahmen der „Leipziger-Examens-Offensive“ (LEO)	2 SWS
Ferien-LEO Strafrecht	2 SWS

LEO Klausurenkurs	5 SWS
--------------------------	-------

Fortsetzung des Schwerpunktbereichsstudiums

Vorlesungen aus den Schwerpunktbereichen	4–10 SWS
--	----------

Universitäre Schwerpunktbereichsprüfung:

Prüfungsseminar*	2 SWS
------------------	-------

* Die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung kann auch wahlweise nach der staatlichen Pflichtfachprüfung absolviert werden.

8. Semester

Zivilrecht:

Repetitorium im Bürgerlichen Recht (BGB IV–VI) im Rahmen der „Leipziger-Examens-Offensive“ (LEO)	6 SWS
Ferien-LEO BGB	4 SWS

Öffentliches Recht:

Repetitorium im Staatsrecht im Rahmen der „Leipziger-Examens-Offensive“ (LEO)	4 SWS
Ferien-LEO Öffentliches Recht	2 SWS

Strafrecht:

Repetitorium im Strafrecht Recht II im Rahmen der „Leipziger-Examens-Offensive“ (LEO)	2 SWS
Ferien-LEO Strafrecht	2 SWS

9. Semester

LEO-Veranstaltungen, die nicht im 7. Semester besucht wurden.«